



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe Februar 2021

Der neue Mietspiegel Die Mietenspirale

Nun liegt er nach etlichen Verzögerungen vor, der Mietspiegel 2020 für die Stadt Minden. Im vorangegangenen Mietspiegel 2018 erfolgte keine neue Erhebung der Mieten, sondern lediglich eine allgemeine Erhöhung in Höhe der Inflation seit 2016. Daher bietet sich ein Vergleich mit dem Jahre 2016 an.

Im Schnitt sind die Mieten der erfassten Wohnungen seitdem um fast 20 Prozent, also fast um ein Fünftel gestiegen. **Spitzenreiter sind kleine Wohnungen bis 35 Quadratmeter. Je nach Baualter des Hauses wurden sie um ein Drittel bis fast die Hälfte teurer.** Auch die Mieten für Wohnungen von 35 bis 50 Quadratmetern kletterten erheblich.

Das Auslaufen der Sozialbindungen bei ehemaligen Sozialwohnungen und vor allem umfangreiche Modernisierungen und Dämmungsmaßnahmen schlagen sich hier nieder. Sie sind außerordentlich lohnend: Sie können auf die Mieter umgelegt werden. So

treiben sie die Mieten dauerhaft in die Höhe. Die versprochenen Einsparungen bei den Heizkosten wiegen die Mieterhöhungen in der Regel nicht auf.



Verwaltungsgebäude der Wohnhaus, eigenes Foto

Wohnhaus als Mietentreiber

Wer auf die Mietenhöhe in verschiedenen Stadtteilen schaut, reibt sich die Augen: **Im Jahre 2016** galt für Wohnungen in Bärenkämpfen noch **ein Abschlag von 0,22 Euro pro Quadrat-**

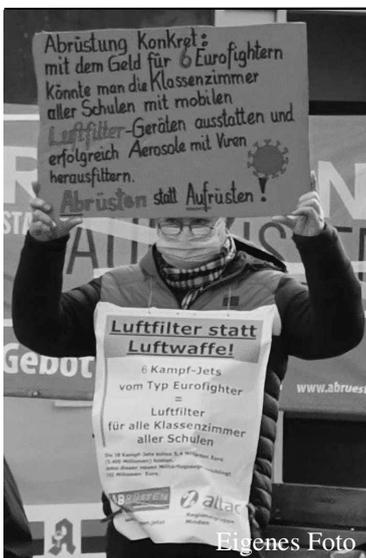
meter vom Durchschnittspreis. **Jetzt müssen 0,63 Euro mehr bezahlt werden!** Das ist der höchste Zuschlag für die Lage im gesamten Stadtgebiet! Schauen wir zurück in das **Jahr 2013**, so betrug die **Minde-** **rung in Bärenkämpfen damals sogar 0,53 Euro.**

Die Erklärung ist einfach. Die „Wohnhaus“ ist dort in dieser Zeit das größte Immobilienunternehmen. Dieses Unternehmen reizt alle Möglichkeiten zur Mieterhöhung aus, wie sie z.B. bei Mieterwechseln bestehen.

Die „Wohnhaus“ ist somit eine große Preistreiberin in dieser Stadt.

Mit dem Verkauf der einstmals kommunalen Wohnhaus GmbH im Jahre 2005 an einen privaten Immobilienhai wurde diese Entwicklung ermöglicht. Hier zeigt sich, was es bedeutet, wenn sich die öffentlichen Eigentümer aus dem Wohnungsmarkt zurückziehen.

Weitere Beiträge dazu auf Seite 2



Eigenes Foto

Abrüsten - wann, wenn nicht jetzt?

„Luftfilter statt Luftwaffe“ war auf Schildern zu lesen, die bei einer Mahnwache am 5. Dezember getragen wurden, Die Aktion fand im Rahmen einer bundesweiten Aktion für „Abrüsten statt Aufrüsten“ statt. Protestiert wurde gegen das Festhalten an einer weiteren Aufrüstung.

Trotz Pandemie soll der Rüstungshaushalt weiter steigen. 2020 sind es bereits **über 50 Milliarden Euro nach NATO-Kriterien.** In den nächsten 12 bis 15 Jahren sollen sich die Ausgaben verdoppeln!

138 neue Kampfflugzeuge sollen nun angeschafft werden. 30 von ihnen sollen die US-amerikanischen Atombomben ins Ziel tragen, die in Büchel gelagert sind. Diese Atombomben werden gerade modernisiert, damit sie besser einsetzbar sind.

Erst wenn alle Atomwaffen abgeschafft sind, ist die Menschheit sicher vor unberechenbaren US-Präsidenten, Unfällen oder Atomkriegen aus Versehen.

Deutschland muss dem UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen beitreten, der am 22. Januar in Kraft getreten ist und von einer Mehrheit der Staatengemeinschaft unterstützt wird!



Der Mietspiegel als Instrument zur Mieterhöhung

Zur Berechnung eines Mietspiegels werden nur diejenigen Mieten herangezogen, die sich in den letzten vier Jahren geändert haben. Also alle Haushalte, die eine Mieterhöhung erhalten haben und die Neuvermietungen, die fast immer mit Mieterhöhungen verbunden sind. **Der Mietspiegel bildet also die ständigen Mieterhöhungen ab.**

Er hilft nicht gegen Mietsteigerungen, sondern er ist ein Instrument zur weiteren Mieterhöhung und eine Einladung, auch die anderen Mieten inklusive der Bestandsmieten hochzuschrauben.

Diese neuen Erhöhungen bilden dann wiederum die Grundlage für den nächsten Mietspiegel.

Wer diese Schraube bremsen will, muss zunächst einmal durchsetzen, dass sämtliche Mietverhältnisse, also auch die Bestandsmieten, in die Berechnungen einfließen.

Kommunaler Wohnungsbau statt Multihalle

Wohnen ist ein Menschenrecht. Dieses Recht kann nur durch die Vergesellschaftung größeren Wohneigentums bei demokratischer Kontrolle realisiert werden.

Dazu gehören Mietpreisstopp und Mietpreissenkung, ein sozialer Wohnungsbau in öffentlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Verantwortung.

Die von der Stadt Minden angedachten Millionen für eine Multihalle wären besser für die Neugründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft angelegt. Die könnte im Interesse aller Menschen wirken, die auf bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum angewiesen sind.

Forderungen nach einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft waren in der jüngeren Zeit von verschiedenen Seiten zu vernehmen, nicht nur von der DKP. **Es wird Zeit, gemeinsam dafür aktiv einzutreten!** ★

VONOVIA & Co: Corona kein Problem

Beim größten deutschen Immobilienkonzern VONOVIA stieg im ersten Halbjahr 2020 der Gewinn um 11 Prozent auf 676 Millionen Euro. Die Miete erhöhte sich im Schnitt auf 7,03 Euro pro Quadratmeter. Das war ein Anstieg um fast 6 Prozent. Und so soll es laut Vorstandschef Rolf Buch weitergehen. Corona hin oder her.



Wohnungen baute der Konzern fast keine. Im ersten Halbjahr 2020 waren es mit 617 sogar noch 200 weniger als im Vorjahr. Warum auch, Mieterhöhungen lassen sich aus Sicht von Immobilienkonzernen bei möglichst wenigen Wohnungen viel besser durchsetzen. Wohnungsnot unterstützt ihr Geschäft. Diese Konzerne gehören vergesellschaftet. ★

Nützliche Helfer?

Im Gesundheitsamt des Kreises sind einige Soldaten der Bundeswehr für die Nachverfolgung bei Corona-Erkrankungen eingesetzt.

Die Gesundheitsämter sind über Jahre hinweg unzureichend finanziert worden. Personal wurde bundesweit gekürzt. Folglich sind sie mit einer Pandemie völlig überfordert. Das Geld wurde stattdessen für Aufrüstung verpulvert.



Foto: Container zur Erweiterung des Kreisgesundheitsamtes.

Alleine für die 7,46 Milliarden Euro für neue Atombomber könnten in

Multihalle: Noch nicht ausgeträumt

Die 4 Millionen Bundeszuschuss, mit denen noch während der Kommunalwahlen für das Projekt Multihalle geworben wurde, müssen nun für die Sanierung der Kampa-Halle eingesetzt werden, weil die Multihalle gewinnorientiert arbeiten soll. Von wegen uneigennützigem Einsatz der heimischen Wirtschaft!

Nun gibt es von Jero Benz (Melitta) den Vorschlag, dass die Halle privat

gebaut, anschließend zum Großteil an die Stadt verkauft und danach von der privaten Betreibergesellschaft gepachtet wird.

Das heißt: Die Stadt kauft ein Gebäude, auf dessen Gestaltung sie keinerlei Einfluss hat. Und als Besitzerin hat sie künftig für alle Reparaturen, Nachbesserungen etc. aufzukommen. Das Projekt droht nun schnell festgezurrt zu werden. ★

einem Jahr 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte und die Gehälter von 60.000 Krankenpfle-gekräften und 25.000 Ärzten finanziert werden. ★

Bei Projekten der Öffentlich-Privaten Partnerschaften werden stets viele Risiken auf die Stadt abgewälzt. Die Verträge werden zudem geheim gehalten.

Die Verträge zur Multihalle müssen offengelegt werden!

In den kommenden Jahren ist mit erheblichen Steuerausfällen zu rechnen. Es wird dringend notwendige Ausgaben als für diese Halle geben. ★

Sehenden Auges: Hinein in die Corona-Krise

Die Krise hat viele vorhandene Probleme ins grelle Licht gerückt. Dazu gehört ein Gesundheitswesen, das mit seinem Personalmangel in keiner Weise auf eine Pandemie vorbereitet war und ist.

Die einschränkenden Maßnahmen werden damit begründet, dass eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden soll. Das Bereitstellen von mehr Intensivbetten und Beatmungsgeräten war und ist nicht das Problem. Es fehlt am zugehörigen

hierfür nichts unternommen.

Wir haben ein Gesundheitswesen, das seit Jahren von einer sogenannten Sparpolitik im Pflegebereich und den Servicebereichen wie Küche und Reinigung geprägt ist. Krankenhäuser sollen heute Gewinne abwerfen. Die Investitionen müssen aus den Einsparungen bei den laufenden Betriebskosten erwirtschaftet werden. **Und wo wird „gespart“? Beim Personal in der Pflege und in den Servicebereichen.**



Foto: eigenes Foto

Die ohnehin schweren Arbeitsbedingungen in der Intensivpflege werden in der Pandemie noch verschärft: Die Personaluntergrenzen wurden aufgehoben, es müssen nun noch mehr Patienten von einer Pflegekraft versorgt werden und zudem dürfen sie auch noch länger arbeiten. Die Pandemie versucht man auf dem Rücken der Beschäftigten zu bewältigen!

qualifizierten Personal. Diese Personalknappheit in den Intensivstationen war schon lange vor Covid-19 vorhanden, auch hier in den Kliniken im Mühlenkreis. In der Zeit der Vorbereitung auf die zweite Welle, wurde

Als Trostpflaster verkündete die Bundesregierung, dass Pflegekräfte, die im Mai vergangenen Jahres besonders belastet waren, eine Prämie erhalten sollen.

Die Verteilung dieser Prämie schließt viele Beteiligte aus und ist damit ä-

berst ungerecht. Doch damit nicht genug: Bis Mitte Januar haben in den Mühlenkreiskliniken noch nicht alle diese Corona-Prämie erhalten, die infrage kommen!

Ein weiteres Beispiel in der Kette von vollmundigen Ankündigungen und miserabler Umsetzung. ★

Kliniksterben stoppen!

Sogar inmitten der Krise werden weiterhin Kliniken geschlossen. Sogar solche, die Covid-Patienten behandelten. Pläne weiterer Schließungen bleiben in NRW auf dem Tisch. Es steht zu befürchten, dass manche Kliniken in dieser Pandemie einfach in den Ruin getrieben werden.

Eine „**Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!**“ fordert Veränderungen: Ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite! Es muss wohnortnah sein. Mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Und vollfinanziert durch das Land NRW!

Rahden auf dem Abstellgleis?



Foto: eigenes Foto

Große Leere auf dem Parkplatz der Rahdener Klinik. Das Personal wurde abgezogen und in den anderen Kliniken eingesetzt. Rahden dient bis Februar in erster Linie als Personalreserve.

Ist das schon der schleichende Beginn einer Abwicklung der Rahdener Klinik

durch die Hintertür?

Wir erinnern uns an die Planungen aus dem Jahr 2018: Rahden sollte geschlossen und innerhalb der Mühlenkreiskliniken eine Zentralisierung von medizinischen Abteilungen stattfinden. Das wäre das Ende der wohnortnahen Versorgung im Kreis Minden-Lübbecke gewesen. Die Pläne stießen daher auf großen öffentlichen Protest und mussten zurückgezogen werden.

Wir haben damals gewarnt: Die Pläne kommen wieder auf den Tisch! Denn sie entsprechen den Wünschen der Landesregierung. ★



Hierfür werden Unterschriften gesammelt. Die DKP unterstützt diese lebenswichtige Initiative.

Mehr erfahren kann man unter

<https://gesunde-krankenhaeuser-nrw.de/> ★

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

Krise. Corona. Widersprüche

Wir erleben eine der heftigsten Krisen der letzten Jahrzehnte, die durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wird. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Das Virus ist gefährlich, seine Verbreitung muss gestoppt werden.

Fehlender Arbeitsschutz

Doch der Umgang der Regierenden mit der Pandemie ist voller Widersprüche. Während für den Freizeit- und Kulturbereich scharfe Einschränkungen beschlossen und kontrolliert werden, gibt es für den Bereich der Arbeit nur Empfehlungen – ohne Kontrolle. Gesamtmetall als Sprecher der Konzernbosse der Metallindustrie wehrte Arbeitsschutzmaßnahmen als Einschränkungen der „unternehmerischen Freiheit“ ab. Erfolgreich.

Der Kulturbereich wird stillgelegt, aber die Rüstungsproduktion läuft wie geschmiert.

Die Einzelhandelsgeschäfte müssen schließen, aber in den großen Verteilzentren von Amazon darf der Laden brummen. Hunderte von Beschäftigten müssen dort weiterhin eng und mit enormer Arbeitshetze schuften. Dortige Corona-Ausbrüche sind kein Thema für die Öffentlichkeit. Die Aktienkurse brummen. Entlastung im oft überfüllten Personennahverkehr? Fehlanzeige.

Eltern müssen selber sehen, wie sie mit geschlossenen Kitas und Schulen zurechtkommen. In den Schulen werden viele Kinder und Jugendliche abgehängt. Lehrpläne können gar nicht umgesetzt werden, aber Prüfungen und damit die übliche Selektion müssen angeblich sein.

Rechtzeitig für Lüftungen und Filter

in Klassenräumen sorgen? **Nein!** Die Monate vor dem erneuten Lockdown verstrichen ohne entsprechende Maßnahmen!

Massive Einbußen

Menschen mit niedrigem Einkommen erleiden massive Einbußen an Einkommen und sozialer Sicherheit.

Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden nach Corona-Zuschlägen für alle, die Lohnersatzleistungen wie z.B. Hartz-IV erhalten, wurden abgelehnt. Trotz geschlossener Tafeln und fehlender Schulspeisung.



Geld für Konzerne

Für die Lufthansa und andere Konzerne werden Milliarden Euro locker gemacht, ohne jegliche Auflagen für Arbeitsplatzertüchtigung, ökologischen Umbau oder Umschulungen.

Die Pandemie-Bekämpfung der Bundesregierung stellt die Sicherung des Profits über den Gesundheitsschutz.

Die Krise hat viele vorhandene Probleme ins grelle Licht gerückt.

Die Mängel im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Pflege, im Öffentlichen Nahverkehr etc. wurden offenkundig.

Die Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise müssten für einem sozial-ökologischen Umbau genutzt werden, um die großen ökologischen Krisen, die uns bevorstehen, noch einigermaßen bewältigen zu können. Nichts davon passiert.

Sogar die Milliarden verschlingende Aufrüstung soll ungebremst weiter gehen.

Rechnungen kommen

Spätestens nach den Wahlen im September 2021 wird man uns die Rechnungen für die „Rettungspakete“ servieren. Denn die sogenannte Schuldenbremse soll wieder in Kraft treten.

Eine Millionärssteuer und eine Vermögensabgabe für die Superreichen wäre die richtige Alternative.

Gesundheit statt Profit!

Für einen massiven Ausbau der Bereiche der Gesundheit, Pflege und Bildung!

Runter mit der Rüstung!

Stoppt das Bomberprogramm der Bundesregierung.!

Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte!

Impfstoffe müssen der privaten Profiterzielung entzogen werden. Sie sind aus der öffentlichen Forschung hervorgegangen und wurden fast vollständig aus öffentlichen Haushalten finanziert. **Impfstoffe müssen der gesamten Menschheit gehören!**

Wir brauchen Widerstand, um das Abwälzen der Lasten der Pandemie und der Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung abzuwehren!




DKP Minden
dcp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden

